

# Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 39

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 27. September 1946

## Bild der Wirtschaft

Zweifellos bietet das Bild der Wirtschaft heute in praktischer Beziehung weitaus mehr als vor eineinhalb Jahren, knapp nach der Beendigung des Krieges. Die Eisenbahnen sind zum größten Teil wieder intakt, der Autolastverkehr ist bereits höher als vor dem Kriege, die meisten Fabriken haben ihre Friedensarbeit wieder aufgenommen, einer teilweisen Arbeitslosigkeit steht dringender Mangel an Arbeitskräften gegenüber — kurz gesagt, die österreichische Wirtschaft stellt heute wieder ein Bild regster Tätigkeit dar. Trotz dieses unbestreitbaren Aufschwunges sind die Erfolge hinter den Erwartungen der Zeit vor einem Jahre zurückgeblieben. Die Ursachen für diese Verzögerung des kräftigen Anlaufens unserer Wirtschaft liegen in der politischen Unsicherheit, welche die Zeit vor heute charakterisiert und die durch die Besatzungsmächte so tiefgreifend auf Österreich einwirken. Immer wieder wird betont, daß ein Staats- oder Friedensvertrag für Österreich die unbedingte Voraussetzung für ein gesundes Aufblühen unserer Wirtschaft sei. Nach dem Stand der Verhandlungen ist es wohl möglich, daß ein solcher Vertrag früher abgeschlossen wird, als wir hoffen, und daß wir dann endlich Gelegenheit haben werden, zu beweisen, daß wir auf eigenen Füßen stehen können und daß wir die Geschicke unseres Landes selbst in der Lage sind zu meistern.

Wie in der Politik, so greift auch in der Wirtschaft ein Rad ins andere, wenn Mangel an Produktionsgütern herrscht, dann tritt Geldknappheit auf und mit ihr eine Verarmung der breiten Massen. Gerade heute sehen wir uns dieser Gefahr gegenüber. Noch vor einem Jahr gab es infolge des Fortwirkens der Reichsmark und wegen des hohen Umlaufes der alliierten Militärschillinge Geld genug. Dies wirkte sich besonders in den schwindelhaft hohen Preisen des Schwarzhandels aus, aber auch darin, daß viele Menschen nicht daran dachten zu arbeiten, weil sie noch genug Geld hatten und weil die Arbeit sich nicht lohnte. Erst durch die Einführung des Schillings und die damit verbundene Sperre der Guthaben wurde der Geldumlauf reguliert und von einer Arbeitseinnahme abhängig gemacht. Die Unmöglichkeit des Zurückgreifens auf ersparte Gelder, die Notwendigkeit, den Lebensunterhalt durch wirklich geleistete Arbeit zu verdienen, führte bei dem Mangel an Produktionsgütern zu steigenden Lebenskosten und damit zu einer empfindlichen Geldknappheit, die so weit geht, daß es heute schon viele Familien gibt, die selbst die bescheidenen Lebensmittellieferungen nicht mehr in ihrer vollen Höhe kaufen können, nicht zu reden von den Schilling-Zigaretten, die für die meisten Menschen bereits unerschwinglich geworden sind. Daß trotz regster Arbeit noch immer großer Mangel an Produktionsgütern besteht, ist darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der geleisteten Arbeit im Sinne der Wirtschaft unproduktiv ist, weil er in Wiederanstandsarbeiten besteht. Die natürliche Geldknappheit, die durch die Einführung der Schillingwährung verursacht wurde, wird durch die ständig steigenden Preise noch fühlbarer und drückender. Die Ursache für die steigenden Preise kommen im wesentlichen von außen. Die Schillingwährung hat zwar eine Stabilisierung des Geldes im Inland zur Folge gehabt, aber der Wert des Schillings wurde noch nicht in eine feste Relation zu den internationalen Währungen gebracht, es ist daher noch nicht möglich, den Schilling als Zahlungsmittel im Auslande zu verwenden. Wir müssen mit Rohstoffen oder mit den Erzeugnissen unserer Industrie bezahlen. Wir müssen Maschinen, Rohstoffe und Lebensmittel einführen und müssen dafür so hohe Preise zahlen, daß auch die Inlandspreise gesteigert werden müssen. Das wiederum hat zur Folge, daß die Lebenshaltungskosten steigen und daß daher die Löhne den Preisen angeglichen werden müssen, wenn eine weitere Verelendung der breiten Masse vermieden werden soll. Der erhöhte Lohn bedingt wiederum ein Ansteigen der Preise und wenn der Aufwärtsentwicklung von Preisen und Löhnen kein Einhalt geboten wird, dann steht am Ende die Inflation und mit ihr der Verlust des größten Teiles des Volksvermögens. Die kompetenten Stellen geben sich zwar die größte Mühe zu erklären, daß eine Inflation unwahrscheinlich sei und daß die

## Bundeskanzler Ing. Figl über österreichische Politik

Als Abschluß des Landesparteitages der ÖVP. Kärnten hielt Bundeskanzler Ing. Figl auf einer Großkundgebung in Klagenfurt eine Rede, in welcher er alle wichtigen Probleme der österreichischen Politik beleuchtete. Er betonte, daß Österreich in den letzten eineinhalb Jahren keine wirtschaftlichen Katastrophen und keine Unruhen erlebt hat. Wir sind in steter, wenn auch langsamer Aufwärtsentwicklung. Die heute in der Ernährung noch bestehenden Schwierigkeiten sind vor allem durch die Weltlage bedingt. Trotzdem können wir überzeugt sein, daß die jetzigen Kalorienzettel gesichert sind, und ich glaube zuversichtlich, daß es noch vor dem Winter möglich sein wird, eine Erhöhung durchzuführen. Als Kardinalfrage der Wirtschaft bezeichnete der Bundeskanzler die Währungsfrage. Die im Dezember 1945 durchgeführte Umwechslung und Kontensperre haben stellenweise große Unzufriedenheit ausgelöst. Dieser Finanzpolitik verdanken wir es aber, daß wir heute einen Schilling haben, der etwas wert ist, der nicht nur in Österreich irgend etwas gilt, sondern auch im Ausland anerkannt wird. Heute wie 1937 wird der Schilling auf der internationalen Börse gewertet und bei allen Kompensationsgeschäften wie 1937 umgerechnet. Auf die Lösung der sozialen Frage übergehend, erhob der Bundeskanzler die Forderung, daß diese Lösung nur im Gleichgewicht mit der Entwicklung der Wirtschaft erfolge. Jede soziale Maßnahme, die

nicht mit der Tragfähigkeit der Wirtschaft in Einklang steht, hat mit der Lösung der sozialen Frage nichts zu tun, sondern ist Demagogie erster Sorte. Es nützt nichts, dem Arbeiter und Angestellten längeren Urlaub und sonstige Rechte zuzuschreiben, wenn es die Wirtschaft des Volkes nicht

## Das Südtirolabkommen als Bestandteil des Friedensvertrages mit Italien

Die Frage Südtirol wurde nun einer friedlichen Dauerlösung zugeführt, so zwar daß Südtirol im italienischen Staatsverband verbleibt, daß den Südtirolern jedoch wirtschaftliche und kulturelle Autonomie zugesichert wurde. Am Samstag den 21. September wurde das österreich-italienische Abkommen über Südtirol in der politischen und territorialen Kommission für Italien beraten und seine Aufnahme in den Friedensvertrag mit Italien mit 13:6 Stimmen beschlossen. Gleichzeitig wurde der ursprüngliche Artikel über die Freiheit des Durchverkehrs zwischen Nord- und Osttirol einstimmig angenommen. Mit dieser Lösung hat Österreich zweifellos einen großen Erfolg errungen, wenn es auch die Rückgliederung Südtirols nicht erreichen konnte. Der Erfolg liegt in dem

verträgt, denn die Folgen wären Inflation, Wirtschaftskatastrophe und Arbeitslosigkeit. Der Bundeskanzler besprach dann eingehend das Naziproblem, das ausschließlich nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit zu behandeln sei. In der Nazifrage interessieren uns die Führer, die Verantwortlichen, die Aktivisten und nicht der kleine Streckenwärter oder der Portier. Zur außenpolitischen Lage sprach der Bundeskanzler die Hoffnung aus, daß der Staatsvertrag noch heuer von der Außenministerkonferenz der vier Großmächte behandelt wird, worauf Österreich ehebaldigst seine volle Freiheit erlangen werde.

Aufwärtsentwicklung der Löhne und Preise genauest beobachtet und gelenkt wird, aber letzten Endes wird es der arbeitende Mensch sein, welcher durch sein Opfer der Inflation Einhalt gebieten wird. Denn zur Gesundung der Wirtschaft und zum Durchhalten gegen die ausländische Konkurrenz ist eine möglichst hohe Produktion mit geringen Herstellungs- und Transportkosten notwendig. Das bedeutet, daß der Arbeiter bis zur Festigung der Gesamtwirtschaft mit dem Allernotwendigsten zufrieden sein muß, das bedeutet ein großes Opfer der arbeitenden Menschen, die durch die Einschränkung des Lebensstandards die Inflation von unserem Lande fernhalten müssen.

Die erfolgreiche Konkurrenz ist der eine und der sichere Weg zur Ankurbelung unseres Außenhandels. Der zweite und scheinbar mühselose ist die Aufnahme von großen Geldanleihen aus dem Auslande. Wenn sich die Höhe einer Anleihe in vernünftigen Grenzen hält, so zwar, daß eine gesunde Wirtschaft das Geld im Laufe der Jahre aus dem Gewinn zurückzahlen kann, dann ist eine Anleihe am Platze und ist eine wirkliche Hilfe zur Überwindung der momentanen Schwierigkeiten. Wenn die Anleihe aber als einziger Ausweg übrig bleibt und in einer Höhe aufgenommen wird, die weit über das Rückzahlungsvermögen einiger Jahre geht, dann kann eine solche Anleihe die Menschen für Generationen zu Sklaven des ausländischen Kapitals machen. Wie schwierig gerade für unser Land die Verwendung einer großen Anleihe wäre, das zeigen die inoffiziellen Meldungen der letzten Tage, die den Aufbau mit Hilfe einer Anleihe einer Besatzungsmacht nur in einem begrenzten Teile Österreichs zur Ausführung bringen wollen. In gerader Fortsetzung dazu steht die Meldung, daß Handelsverträge mit ausländischen Mächten nur mit einer Zone Österreichs abgeschlossen werden sollen. Würden beide Meldungen in die Tat umgesetzt, dann wäre es mit der Einheit und der Souveränität Österreichs vorbei.

Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Anpassung an das Ausland bringt für die arbeitenden Menschen große Härten mit sich, die diese bei allem Verständnis für die wirtschaftliche Lage Österreichs zu mildern bestrebt sind. Eine empfindliche Einbuße des ohnehin niederen Lohnes bildet die Lohnsteuer, die einen unverhältnismäßig großen Prozentsatz des Lohnes dem Staate zuführt. Nach langen und schwierigen Verhandlungen wird das Steueränderungsgesetz den arbeitenden Menschen eine fühlbare Erleichterung bringen, der Staat jedoch

wird den Verlust dieses Geldes auf andere Weise hereinbringen müssen, z. B. durch die Erhöhung der Postgebühren oder anderer Steuern.

Ein weiteres Kapitel unserer Wirtschaft, das die Allgemeinheit verbittert und den Preis ihres Opfers zu hoch erscheinen läßt, sind die unverhältnismäßig hohen Preissteigerungen bei jenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die nicht eingeführt werden, vor allem bei Wein und Obst. Trotz der Fülle der heurigen Ernte klettern die Preise so in die Höhe, daß besonders den Familienvätern der Genuß eines Glases Wein versagt bleiben wird. Ein immer andauerndes Hemmnis für die Anbahnung geregelter wirtschaftlicher Verhältnisse bildet die Zoneneinteilung Österreichs, denn trotz aller Anstrengungen konnte ein geregelter Ausgleich bis heute nicht erreicht werden und es hat gerade in dieser Beziehung den Anschein, daß diese Zoneneinteilung noch nachhaltigere Folgen haben kann. Gewiß, Österreich macht nun auf der ersten Wiener Friedensmesse gewaltige Anstrengungen, die Gesamtleistungen seines Wiederaufbaues in einer glänzenden Schau zu zeigen. Viele Erzeugnisse sind nur für den Export bestimmt, um uns die notwendige Einfuhr an Rohstoffen und Konsumgütern zu sichern. Die Wiener Messe wird eine Leistungsschau österreichischer Tüchtigkeit und österreichischen Erfindungsgeistes sein, aber auch sie wird nur für die Zukunft zeigen können, was wir zu leisten imstande wären, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Das Bild der österreichischen Wirtschaft am Beginne der ersten Friedensmesse in Wien ist hoffnungsvoll und Vertrauen erweckend. Wenn wir das Gefühl haben, daß es nicht in dem Maße vorwärts geht, wie es die Bevölkerung seit langem erwartet, dann sind vor allem politische Motive dafür maßgebend, das sind die Klärung des Begriffes „Deutsches Eigentum in Österreich“, die Unsicherheit der zukünftigen Gestaltung des politischen Weltbildes und die noch immer vorhandenen innerpolitischen Hemmnisse, die eine freie Entfaltung aller Kräfte unmöglich machen oder doch erschweren. Trotz aller Hemmnisse jedoch hat unsere Wirtschaft einen großen Schritt nach vorwärts getan, wir sind überzeugt, daß wir auch den letzten Schritt zur Gesundung unserer Wirtschaft machen können, so bald wir durch den Abschluß eines Friedens- oder Staatsvertrages dazu die Möglichkeit haben werden.

Abkommen über die Autonomie Südtirols und in der Gewißheit, daß sich Österreich bei allen an der Friedenskonferenz vertretenen Nationen Sympathie errungen hat und daß es damit einen großen Schritt für den kommenden Staatsvertrag getan hat.

Die Südtiroler selbst sind mit dem österreich-italienischen Abkommen sehr unzufrieden. Eine Delegation der Südtiroler sprach in Paris beim Außenminister der Estnischen Sowjetrepublik Kruus vor und brachte die Beunruhigung der Südtiroler über das Abkommen zum Ausdruck. Die Delegierten Guggenberger und Volgger von der Südtiroler Volkspartei wiesen darauf hin, daß den Südtirolern die Politik der gewaltsamen Italianisierung nach dem Anschluß Südtirols an Italien noch gut in Erinnerung ist. Sie wenden sich daher an die Großmächte um internationalen Schutz und Garantie für ihre Rechte und Interessen. Die Delegierten erklärten, daß die Lage in Südtirol gegenwärtig die gleiche ist wie unter dem faschistischen Regime, um so mehr, als die örtlichen Behörden sich nicht geändert haben, und ersuchten um Entsendung einer internationalen Untersuchungskommission nach Südtirol.

## Nach dem Erlöschen der UNRRA.-Hilfe

Der österreichische Geschäftsträger in Washington, Dr. Kleinwächter, hatte mit dem geschäftsführenden Außenminister der Vereinigten Staaten, William Clayton, eine Unterredung, in welcher er dem amerikanischen Staatsmann die Schwierigkeiten schilderte, in die Österreich nach der Einstellung der UNRRA.-Lieferungen Anfang nächsten Jahres geraten wird. Mr. Clayton erklärte dem österreichischen Geschäftsträger, daß einschneidende Maßnahmen der für Österreich lebensnotwendigen Einfuhr von Lebensmitteln und Aufbaugütern und eine Beratung über eine Anleihe an Österreich erst nach dem Zusammentreten des Kongresses im Jänner 1947 getroffen werden können. Bis zum Inkrafttreten einer neuen Regelung jedoch wird die USA.-Armee nach dem Erlöschen der UNRRA.-Hilfe die Versorgung Österreichs in die Hand nehmen. Der amerikanische Außenminister sagte am Schlusse der Unterredung: „Was immer geschehen mag, die Vereinigten Staaten werden Österreich nicht im Stich lassen.“

## Die registrierten Nazi in Österreich

Auf dem Landesparteitag der ÖVP. in Kärnten teilte Staatssekretär Graf mit, daß in Österreich insgesamt 536.000 Personen registrierungspflichtig waren. Davon werden 98.000 als illegale bezeichnet. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß diese Zahlen den klaren Beweis dafür liefern, wie schwach die Menge der wirklichen Nazis in den Umbruchtagen 1938 gewesen ist. Aus den interessanten Mitteilungen des Staatssekretärs ging noch hervor, daß seit der Befreiung bis zum 1. September 1946 insgesamt rund 54.000 Nationalsozialisten inhaftiert wurden, während gegen 31.000 Personen Anzeige bei den zuständigen Gerichten erstattet wurde. Bei den österrei-









